

Calmer Calwblatt

Nr. 281.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste halbe Seite 25 Pf. — Restamen 60 Pf. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Dienstag, den 2. Dezember 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn M. 4,50 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbortort M. 5.—, Fernvertrieb M. 5,10 mit Bestell- und Zusätzl.

Zur äußeren Lage.

Die Verteilung der deutschen Flotte.

Paris, 1. Dez. Nach der „Chicago Trib.“ sollen nicht nur die Engländer, sondern auch die Amerikaner auf jeden Anteil an der deutschen Flotte verzichtet haben. Frankreich und Italien erhalten je 5 leichte Kreuzer und je 10 moderne Torpedoboote. Außerdem sollen Amerika, England, Frankreich, Italien und Japan je 1 Panzerkreuzer, je 1 Kreuzer und je ein modernes Torpedoboot, aber nur als Modelle zu Studien (!) und unter der Zusage erhalten, daß sie später zerstört werden. Was die deutschen Unterseeboote anbetrifft, so sollte Frankreich davon zehn erhalten; die anderen würden zerstört. Das Blatt sagt ferner noch, die Alliierten würden zweifelsohne 5 alte Kreuzer vom Typ „Regensburg“ verlangen. Der Dreadnought „Baden“ sei Frankreich zugespochen worden. — (Die deutsche Flotte scheint dafür recht zu sein, daß man sie als Vorbild für Neubauten benützt. Welcher Hohn auf die deutsche Gutgläubigkeit! Ob heute die deutschen Seeleute auch wieder einer Hand voll Narren oder Vaterlandsverräter folgen würden?! Die Verfertigung der Flotte deutet darauf hin, daß sie es nicht mehr tun würden.)

Die Deutschen vogelfrei.

Berlin, 2. Dez. Aus London wird dem „Berliner Lokalanzeiger“ mitgeteilt, daß britische Zerstörer zwei Schleiher aufbrachten, die von Kiel kamen und nach Südamerika fahren wollten. An Bord hätten sich eine Anzahl deutscher Marineoffiziere, hauptsächlich Unterseebootkommandanten befunden, deren Auslieferung an die Entente man befürchtete und die einer Keutermelbung zufolge, auf diese Weise hätten entkommen wollen. Die beiden Schleiher liegen jetzt im Londoner Hafen und würden von bewaffneten Matrosen und Zerstörern bewacht. — Das ist die „Freiheit“, die jetzt in der Welt herrscht.

Eine offiziöse englische Stimme zur deutschen Antwortnote.

Amsterdam, 1. Dez. Nach einer Meldung des „Telegraaf“ weist ein Artikel der offiziellen „Daily Chronicle“ den Gedanken einer Befassung des Haager Schiedsgerichtshofs mit der neuesten Streitfrage zwischen den alliierten Mächten und Deutschland scharf zurück, bemerkt aber, daß vielleicht über Einzelheiten verhandelt werde, wenn Deutschland nachweise, daß die Erfüllung der Forderungen der Alliierten Deutschland mehr blühen lasse und seinen Wiederaufbau mehr verhindere als beabsichtigt sei. — Es ist typisch, daß gerade die Mächte, die angeblich immer für Schiedsgerichtsgedanken eingetreten sind, heute alles nur mit Gewalt erreichen wollen.

Der Papst für die deutschen Kriegsgefangenen.

Paris, 2. Dez. Nach einem Radio-Telegramm aus Rom soll der Papst den Erzbischof von Paris, Amette, beauftragt haben, der französischen Regierung seinen Wunsch nach Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen zu unterbreiten.

Das Zusammenwirken der nordischen Staaten.

Kopenhagen, 2. Dez. Wie das Stockholmer Blatt „Sozialdemokraten“ meldet, hat das Komitee für ein skandinavisches Zusammenwirken für den 21. bis 22. Januar 1920 eine skandinavische Arbeitskonferenz nach Kopenhagen einberufen. Es werden vertreten sein: Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland.

Vom obersten Rat.

Paris, 1. Dez. (Havas.) Der oberste Rat versammelte sich heute Morgen unter dem Vorsitz von Clemenceau im Ministerium des Aeußeren. Er hörte Sir George Clark an, der einen detaillierten Bericht über seine Mission in Budapest erstattete und die Bedingungen mitteilte, unter denen es ihm gelungen sei, eine den Volkswillen in Ungarn darstellende Regierung zu konstituieren. Der Rat beschloß, die Regierung Huszar zu ersuchen, sie möge sobald als möglich eine Delegation nach Neuilly senden, um mit den Vertretern der Alliierten über die Friedensbedingungen zu verhandeln. Sodann nahm der Rat Kenntnis von einem Bericht General Fochs und beschloß, seinen Vertreter in den baltischen Uferstaaten Instruktionen zugehen zu lassen,

bezüglich ihres Verhaltens und bei der Regelung von Esthland zu intervenieren, damit diese Regierung hinsichtlich des Generals Judenitsch größere Verschlinglichkeit an den Tag lege. Schließlich genehmigte der Rat die Vorlage für die Antwort auf die letzte deutsche Note bezüglich die Heimlichführung der Kriegsgefangenen. Die Antwortnote wird heute Abend der deutschen Delegation überreicht und Dienstag Morgen der Presse übergeben werden.

Rumänien beklagt sich über schlechte Behandlung.

Paris, 1. Dez. Wie der „Temps“ mitteilt, hat König Ferdinand von Rumänien den Staatschäptern von Frankreich, England und Italien eine Botschaft zugehen lassen, die am Freitag Abend in Paris eingetroffen ist. In dieser Botschaft, deren Inhalt nicht bekannt geworden ist, soll der König an den Anteil erinnern, den Rumänien am Kriege genommen hat und sich über die Behandlung beklagen, die seinem Lande während der Friedensverhandlungen zuteil geworden sei. König Ferdinand ersuche den Präsidenten der französischen Republik, sowie die Könige von England und Italien, bei ihren Regierungen zugunsten Rumäniens einzugreifen. Vorgestern vormittag habe diese lgl. Botschaft keinen sonderlichen Eindruck auf den Fünfererrat gemacht, da man beschlossen habe, trotzdem das an Rumänien gerichtete Ultimatum zu veröffentlichen. Im Laufe des Tages aber habe man beschlossen, die Veröffentlichung nicht vorzunehmen. Der „Temps“ bemerkt, das sei ein Weisheitsakt gewesen, den man nur billigen könne. Der Augenblick sei schlecht gewählt, um einen alliierten Staat zu schwächen und um einen Konflikt mehr in Europa zu schaffen. Man müsse wenigstens abwarten, bis der Friedensvertrag von Versailles von Amerika ratifiziert sei.

Stalien und Südslavien.

(WB.) Belgrad, 1. Dez. (Korr. B.) Die italienische Regierung hat die südslavische Regierung verständigt, daß sie entsprechend den Weisungen der Friedenskonferenz den Vormarsch d'Annunzios gegen Spalato verhindern wolle.

Italienische Angst vor einem germanisch-slavischen Block.

(WB.) Lugano, 1. Dez. „C. della Sera“ widmet der Möglichkeit einer Wiederaufrichtung der Donaumonarchie besorgte Kommentare. Die Gefahr habe heute den Höhepunkt erreicht, so daß außer dem Brenner und Bozen auch Triest und Görz Italien verloren gehen könnte. Fürst Windisch-Grätz habe einem italienischen Journalisten gegenüber von der bevorstehenden Bildung eines germanisch-slavischen Blockes gesprochen, durch den der Einfluß des Verbandes geschwächt oder ausgeschaltet werden könnte.

Die italienische Thronrede zur Eröffnung der neuerwählten Kammer.

(WB.) Rom, 1. Dez. (Stefani.) Unter dem Donner der Kanonen begaben sich der König und die Königin nach dem Monte Citorio zur Eröffnung der neuen Legislaturperiode des Parlaments. Beim Eintritt des Herrscherpaars in den Saal wurde es durch warme Zurufe der Senatoren und Abgeordneten, sowie von den Tribünen begrüßt. Die Sozialisten jedoch riefen: „Es lebe der Sozialismus!“ und verließen den Saal. Nach dem Namensaufruf der Abgeordneten und der Eidesleistung eröffnete der König das Parlament mit einer Rede, in der u. a. ausführte: Italien ist aus dem größten Kriege der Geschichte als einer der Sieger (?) hervorgegangen. Italien hat den Krieg als schreckliche Aufgabe für den Triumph der Gerechtigkeit (!) mitgemacht. Sieger und Besiegte haben jetzt das gleiche Bedürfnis der Arbeit, die gleiche Notwendigkeit, die Gemüter zu beschwichtigen. Das gleiche Gefühl der Gnade und der menschlichen Tugend soll in jedem Lande herrschen. Durch den Krieg hat Italien seine natürlichen Grenzen erlangt, aber nicht alle Ansprüche Italiens sind überall mit dem gleichen Gerechtig-

keitsinn (!) gewürdigt worden. Die Ansprüche Italiens am Adriatischen Meer verdecken keinen militärischen Hintergrund und haben größtenteils keine wirtschaftliche Tragweite. Die Verteidigung aller Völker italienischer Sprache bildet für Italien eine Pflicht und ein unzerstörbares Recht und verfolgt auf keinen Fall imperialistische Tendenzen. Italien wünscht dem Aufstieg der Völkervereinigungen mit größter Sympathie zu begegnen. Der König hob den außerordentlich herzlichen Charakter hervor, der in den Beziehungen zwischen den alliierten und assoziierten Mächten besteht. In seinen weiteren Darlegungen verbreitete er sich über das Programm der wirtschaftlichen Wiederherstellung durch die Arbeit, die Produktion und durch Ersparnisse. Die Handelsstrafen und die neuen Steuern müßten ausnahmslos verwertet werden. Italien betrachte es immer mehr als seine Aufgabe die Latinität, deren Mutter es sei, zu verteidigen. Für die Bewirkung seines neuen Programms besitze Italien eine unüberwindliche Schutzmacht, die ihm aus dem Siege erwachsen sei. — Die Rede des Königs wurde fast bei jedem Satz durch Beifallskundebursten unterbrochen. Im Namen des Königs erklärte Nitti sodann die 25. Legislaturperiode als eröffnet, worauf das Königspaar und die Prinzen den Saal verließen. Im Monte Citorio bemerkte man während der Ansprache des Königs in den Diplomatensalons sämtliche Chefs der alliierten und assoziierten Missionen.

Mailand, 2. Dez. Ein Bericht der Zeitung „Sera“ über die Eröffnung der Kammer beschäftigt sich mit der von dem Sozialisten eingenommenen Haltung. Raum hatte der König die Aula betreten, als die Sozialisten ausriefen: „Es lebe der Sozialismus!“ die Arbeiterhymne anstimmten und gleichzeitig den Saal verließen. Die Kundgebung wurde von dem Bruder des Direktors des „Aventi“, dem in Genua gewählten Deputierten Serrati, geleitet. Alle anderen anwesenden Deputierten begrüßten den König unter enthusiastischen Zurufen, sodas die sozialistischen Kundgebungen erstickt wurden. Einige Minuten später konnte der König seine Rede beginnen.

Die Kämpfe in Rußland.

Kopenhagen, 30. Nov. „Nat. Tidende“ meldet aus Reval: Die Kämpfe bei Narwa haben eine juchbare Ausdehnung gewonnen. Die Bolschewisten wurden von mit Maschinengewehren bewaffneten Matrosen gegen die Estländer getrieben, die auf ganz kurze Entfernung ein vernichtendes Feuer gegen die Bolschewisten eröffneten. Diese wollten zurückflüchten, worauf die Matrosen ein wahres Blutbad unter ihnen anrichteten.

Die neue Politik der Bolschewisten gegenüber den Randstaaten.

Rotterdam, 2. Dez. Laut „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ erklärte Litwinow in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Daily Herald“, Sowjetrußland verfolge keine imperialistischen Ziele. Die Randstaaten würden nicht gezwungen werden, bei Rußland zu bleiben. Auch Sibirien sei dann vollkommen frei. Litwinow sagte, die Sowjetregierung sei gezwungen einen Weg zu gehen, der zwischen Kapitalismus und Kommunismus liege. Ein vollständiger Kommunismus sei nur möglich, wenn sich die übrigen Länder auf die gleiche Wirtschaftsgrundlage stellten. — Das hätten sich die Bolschewisten schon früher sagen sollen.

Englische Anbiederung an China.

Paris, 2. Dez. Nach dem „Temps“ haben in Peking Verhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und Vertretern der englischen Regierung stattgefunden, die zur Anerkennung der Autonomie von Tibet geführt haben sollen. Tibet habe jedoch seinerseits die Oberhoheit Chinas anerkannt. Der „Temps“ sagt, daß die Nachricht in Japan große Aufmerksamkeit gefunden habe. — Die Japaner werden sich noch mandmal wundern. Es ist doch klar, daß die Engländer Japan jetzt nicht mehr brauchen, also werden sie zum Teufel gejagt, denn jetzt kann der angelsächsische, auch gegen Japan gerichtete Gemeinheitsgeist sich offen zeigen, der vor und während dem Kriege sich nicht an die Offenlichkeit irauen durfte, weil Rußland und Japan dann den Braten gerochen hätten.

Letzter Zeichnungstag: 3. Dezember 1 Uhr mittags.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919.

Sägwerk,
Nr. 372.

Immer noch keine Aussicht auf Ratifikation seitens Amerika.

Haag, 2. Dez. Der „Nieuwe Courant“ meldet aus Washington, daß der Kongreß gestern wieder zusammentrat, daß er aber sich einmütig noch zu keiner Verständigung bezüglich der Ratifikation gekommen sei.

Ausland.

Die Gemeindevahlen in Straßburg.

(W.B.) Paris, 1. Dez. (Havas.) Die Gemeindevahlen in Elsaß-Lothringen haben das folgende Verhältnis ergeben: In Straßburg erhielt die Kompromißliste aller politischen Parteien eine große Mehrheit: von 36 Sitzen fallen den Sozialisten 17, den Radikalen 4 und dem nationallist. Block 15 Sitze zu. Die Wahl Petrotos' zum Bürgermeister scheint sicher zu sein. — In Kolmar ist die ganze sozialistische Liste durchgedrungen. — In Mühlhausen sind 18 Sozialisten und 18 der republikanischen Gruppe gewählt. — In Metz sind von 31 Kandidaten 27 auf den republikanischen Bund entfallen; 4 kommen in Stichwahl. — (Herr Clemenceau wird an dem Ausfall dieser Wahlen keine reine Freude haben. Petrotos ist Sozialist.)

Die Verfolgung der Blamen.

* Brüssel, 1. Dez. Von den 93 Mitgliedern des Rates von Flandern sind sieben in die Hand der belgischen Justiz gefallen und zum Teil verurteilt; zum Teil erwarten sie noch ihre Aburteilung. Die andern sind geschützt. Sie sollen nunmehr in contumaciam vor dem Schwurgericht in Brüssel abgeurteilt werden, und zwar in drei Parteien. Zunächst werden die, die seinerzeit dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg in Berlin einen Besuch abgestattet haben, dann die, die Stellungen angenommen haben, die von den Deutschen bezahlt wurden, und schließlich die abgeurteilt werden, die nur Mitglieder des Rates waren.

Die Iren gegen ihre Unterdrücker.

Rotterdam, 2. Dez. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London, daß es in London-Derry einen die Proklamations der britischen Regierung, wonach die Sinn Feiner-Organisationen unterdrückt wurden, zu einer Riesenkundgebung kam, auf der das Sinn Feiner-Magazin des britischen Parlaments Mac Neill erklärte, das irische Volk verachte ein Gesetz, das sich auf Bajonette stütze. Es sei fest entschlossen, nicht zuzulassen, daß die britische Regierung der Polizei gestatte, ihren Stiefel auf den Nacken des irischen Volkes zu setzen.

Proteststreik gegen die Einkommensteuer in England.

London, 2. Dez. Die Abstimmung der walisischen Bergleute über einen Proteststreik gegen eine Einkommensteuer für Einkommen unter 250 Pfund Sterling (5 000 M.) ergab für den Streik 73.407, gegen ihn 72.837 Stimmen.

Deutschland.

Zur Lage in Hamburg.

(W.B.) Hamburg, 1. Dez. Die Vulkanwerke haben nunmehr die Angehörigen der Lohn- und Nachrechnungsbureaus aufgefordert, zur Erledigung der Arbeiterentlassungen am Dienstag im Bureau zu erscheinen. Heute ruht der Betrieb vollständig. Bisher sind keine Ruheführungen vorgekommen. Von den Garnisonsteifen wurden keine besonderen Maßnahmen getroffen, da es sich um eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern handelt; jedoch ist für Hilfsbereitschaft gesorgt. Die Vulkanwerke halten heute eine Vorberechnung mit dem Arbeiterrat ab.

* Hamburg, 1. Dez. Wie wir hören, verhält sich der größte Teil der Arbeiterschaft gegenüber dem gewalttätigen Vorgehen der radikalen Elemente ganz entschieden ablehnend, obwohl wegen der Kündigung in den Vulkanwerken eine gewisse Erregung in der hiesigen Arbeiterschaft erkennbar ist, ist die Lage bisher völlig ruhig.

Gegen die Verschleuderung deutscher Waren.

(W.B.) Berlin, 1. Dez. Gegen die Verschleuderung der deutschen Ausfuhr wendet sich erneut der Reichsverband Deutscher Industrieller. In der Schweiz habe die Einfuhr billiger deutscher Möbel bereits Arbeitslosigkeit hervorgerufen. Die Schweiz wolle zu Einfuhrverboten gegenüber Deutschland schreiten. Die deutsche Industrie kann die Gefahr ausländischer Einfuhrverbote nur dann abwenden, wenn sie sich allenthalben entschließt, ihre Einfuhrpreise auf den hohen Stand der ausländischen Preise hinauszusetzen. — (Das hätte aber schon lange geschehen sollen. In erster Linie geschieht die deutsche „Ausfuhr“, aber durch nicht fachlich gebildete Schieber und sonstige Tagediebe.)

Auglaublich.

Mannheim, 1. Dez. Eine allgemeine Studentenversammlung der Handelshochschule Mannheim faßte, laut „Süddeutsche Zig.“, bei Behandlung der Auslandsfrage einstimmig folgenden Beschluß: „Die Studentenschaft der Handelshochschule Mannheim fordert einstimmig die sofortige vorläufige Exmatrikulation der feindlichen Ausländer, solange noch die gefangenen Kameraden in der Verbannung schmachten. Sie wird diese Studierenden vorerst nicht in den Räumen der Hochschule dulden, sie ist gewillt, diesem Beschluß gegebenenfalls durch Selbsthilfe Geltung zu verschaffen.“ Zu dieser Stellungnahme haben folgende Beweggründe geführt: Während noch immer unsere gefangenen Kameraden ungerechtfertigterweise von Franzosen, Polen und Tschechen zurückgehalten werden, sind gewisse Hochschulen, darunter auch Mannheim, dazu gekommen, Angehörige der genannten feindlichen Staaten

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Bräunstein monatlich im Dezember 1919.
Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 25. November 1919 die Wahl des Völkermessers und Gemeindevorstands Michael Umbreit in Unterhaugstett zum Ortsvorsteher der Gemeinde Unterhaugstett bestätigt.
Calw, den 28. November 1919.

Oberamt: G. S.

Bekanntmachung betr. Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von mindestens 10 Tonnen Kohle, Koks und Bräunstein monatlich im Dezember 1919.

Die als monatliche Verbraucher vorstehender Mindestmengen von Kohlen, Koks und Bräunstein in Betracht kommenden Betriebe werden auf die im Staatsanzeiger v. 27. November 1919, Nr. 273, veröffentlichten Bekanntmachungen des Reichskommissars für die Kohlenverteilung v. 6. November 1919 bzw. des Württ. Arbeitsministeriums v. 26. November 1919 hingewiesen.

Die erwähnte Nummer des Staatsanzeigers kann bei den (Stadt-)Schultheißenämtern eingesehen werden.
Calw, den 29. November 1919.

Oberamt: G. S.

Die beteiligten Kreise werden auf nachstehende im Staatsanzeiger Nr. 272 vom 26. November 1919 erschienenen Bekanntmachungen hingewiesen:

1. Bekanntmachung der Zentralstelle f. d. Landwirtschaft betr. Abhaltung eines Lehrcurses für Schäfer in Hohenheim;
 2. Bekanntmachung der Zentralstelle f. Gewerbe und Handel betr. Schlußprüfung an der höheren Maschinenbauerschule in Ehlingen.
- Der Staatsanzeiger kann bei den (Stadt-)Schultheißenämtern eingesehen werden.
Calw, den 29. November 1919.

Oberamt: G. S.

als Studierende aufzunehmen, nachdem sie vergebens bei den übrigen deutschen Hochschulen um Einschreibung nachgesucht hatten. Ein Vorgehen, das um so weniger begründet erscheint, als gerade Mannheim als Zufluchtsort heimkehrender Auslandsdeutscher sehr stark in Anspruch genommen ist, die meist unter dürftigen Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen zu leben gezwungen sind, während die feindlichen Ausländer in besten Häusern Mannheims untergebracht sind. Diese Damen und Herren rechnen so sehr mit der sprichwörtlichen Kellernatur des Deutschen, daß sie sich erkühnten, nicht nur in ganz prosopizierender Weise ihre heimischen Leute überall in den Hochschulräumen hören zu lassen, sondern sogar noch die Ungehörigkeit begingen, deutschfeindliche Kundgebungen während einer Vorlesung zu veranstalten.

Parteitag der Unabhängigen.

(W.B.) Berlin, 1. Dez. Nach dem Geschäftsbericht Dittmanns hat die Partei jetzt etwa 4 Millionen Mitglieder. Die Zahl der Parteiblätter hat sich seit März auf 55 Tageszeitungen verdoppelt. Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, meinte der Redner, sei zu erwägen. Eine der vornehmsten Aufgaben der Partei müsse die Bildungsfrage sein. Die sozialistische Internationale sei der Leitstern der Partei in allen politischen Kämpfen des Jahres 1919 gewesen. Redner kritisierte die Politik der Regierung und richtete hinsichtlich der Untersuchungen von Tötungen von Parteigehörigen schwere Anklagen gegen die Justizbehörden und betonte schließlich, daß heute die Frage nicht sei: bürgerliche Demokratie oder Diktatur des Proletariats, sondern: kapitalistische Diktatur oder proletarische Diktatur. Dem Bericht der Kontrollkommission erstattete Redner (Gotha). Die Aussprache drehte sich hauptsächlich um Agitation und Pflege der Volksbildung; aber auch die Frage einer Einigung mit den Mehrheitssozialisten wurde bereits gestreift. Fast alle Redner betonten, daß sie nur auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes möglich sei.

Scheidemanns Wahl zum Oberbürgermeister von Cassel gesichert.

Berlin, 2. Dez. In der gestrigen Kasseler Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer erregten Aussprache über die Frage, ob die Oberbürgermeisterstelle ausgeschrieben werden soll oder nicht. Bei der Abstimmung siegten die 37 sozialistischen Abgeordneten mit ihrem Votum gegen die Ausschreibung über die 30 Bürgerlichen, so daß die Wahl Scheidemanns zum Oberbürgermeister als gesichert gilt.

Anschluß Koburgs an Bayern.

* Koburg, 1. Dez. Im Freistaat Koburg fand gestern die Volksbefragung über die Annahme des Thüringer Gemeindeföderationsvertrages statt. Nach den bis jetzt vorliegenden Resultaten wurden 25 437 Stimmzettel mit Nein und 6148 Stimmzettel mit Ja abgegeben. Damit ist der Beitritt Koburgs zum Freistaat Thüringen abgelehnt und die Regierung aufgefordert worden, den Anschluß an Bayern sofort herbeizuführen. Die Wahlbeteiligung betrug zirka 75 Prozent. Gegen 30 ländliche Orte stehen noch aus, jedoch ändern diese nichts an der überwiegenden Mehrheit für den Anschluß an Bayern.

Heimkehrende Desertente.

Das badische Ministerium des Innern hat an die süddeutschen Regierungen ein Zirkularschreiben betr. die Entgegennahme der voraussichtlich aus der Schweiz entretenden Deserteure gerichtet. Diese werden nämlich von der schweizerischen Regierung nach und nach von der Schweiz ausgewiesen. Ihre Zahl beträgt nach der letzten Statistik 4300.

Kriegs- und Revolutionsstreiks im Jahre 1918.

Zum ersten Male werden die Zahlen für die Kriegs- und Revolutionsstreiks des Jahres 1918 der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Nach einer eingehenden Darstellung im Novemberheft des Reichsarbeitsblattes sind im Jahre 1918 772 Arbeiterstreiks in gewerblichen Betrieben gemeldet worden, darunter 531 wirtschaftlich und 241 politische Streiks. Von ihnen sind 7396 Betriebe betroffen und davon 4566 völlig zum Stillstand gebracht worden. In den betroffenen Betrieben waren 2 476 082 Arbeiter beschäf-

tigt. Die Häufigkeit der gleichzeitig streikenden Betriebe lag auf 1 304 236, von denen 379 116 in wirtschaftliche, 925 120 in politische Streiks verflochten waren. Berücksichtigt man nur die Revolutionswochen vom 7. bezw. 9. November bis zum Schluß des Jahres, so ist festzustellen, daß in diesen Wochen 273, nämlich 183 wirtschaftliche und 90 politische Streiks ausgebrochen sind, durch die 5725 Betriebe in Mitleidenschaft gezogen wurden und an denen sich 724 286 Arbeiter beteiligten. Die Mehrzahl der Streiks entfällt mit 304 auf den Bergbau und mit 180 auf die Maschinenindustrie. Bei ersterem waren es 239 wirtschaftliche und 65 politische, bei der letzteren dagegen 72 wirtschaftliche und 108 politische Streiks, 134 Ausfälle entfallen auf Sachsen, 124 auf Rheinland, 110 auf Brandenburg, 103 auf Westfalen usw. Insofern gingen durch die Ausfälle 5 217 982 Tage verloren. Davon entfielen fast 2 Millionen auf die 9 Revolutionswochen. Der einzelne Streikbeteiligte verlor während der Kriegsmomente des Jahres 1918 durch die Ausfälle 5,60 Arbeitstage, gegenüber einem Kriegsdurchschnitt von nur 3,95.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 2. Dezember 1919.

Von der Einwohnerwehr.

Wie erhalten folgende Zuschrift: Die kommenden Monate können die folgenschwersten für die Existenz jedes Staatsbürgers werden. Jeder, der sehen und hören will, weiß, daß auch in Württemberg Kräfte am Werke sind, die den Sturz der rechtmäßigen Regierung herbeiführen wollen, um eine Diktatur nach russischem, ungarischem und Münchner Muster herbeizuführen. Arbeiter, Bauern, Städter! Es gilt, sich zu rufen gegen die Gefahren, die Haus und Hof, Kind und Weib drohen! Die Regierung hat in Stadt und Land zum Eintritt in die Einwohnerwehren aufgefordert. Schwäbische Männer, denen die Erhaltung unserer Heimat am Herzen liegt, kommen werben zu Euch und rufen Euch zu: Tretet ein in die Einwohnerwehr! Ihr sollt nicht einen heimlichen Bund bilden, sondern in breiter Öffentlichkeit sollt Ihr ohne Unterschied des Standes, des Berufes und der Partei die Einwohnerwehr aufbauen zur Aufrechterhaltung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Drei Schutzwälle sollen gebildet werden: das erste Aufgebot, das zweite Aufgebot, die technische Reserve. Das erste Aufgebot kann in ganz Württemberg zum Dienst herangezogen werden. Da aber jetzt überall Einwohnerwehren bestehen, dürfte kaum der Fall eintreten, daß das erste Aufgebot weit über die Grenzen des Oberamtsbezirks hinausgeschickt wird. Wer der Heimat wirklich wehrvollen Dienst leisten will, muß zum ersten Aufgebot — Das zweite Aufgebot umfaßt Freiwillige, die sich nur für den Dienst in ihrem Heimatort und Oberamtsbezirk verpflichten. — Die technische Reserve enthält Techniker, Handwerker, Arbeiter zur Aufrechterhaltung der für die Lebensführung aller Volksgenossen wichtigen öffentlichen und städtischen Betriebe. An Löhnung erhält jeder Freiwillige ohne Ansehen des Dienstgrades während der Tage seiner Einberufung täglich eine Mark Löhnung, 5 Mark Zulage und 2,70 Mark Selbstversorgungsgeld. Durch das Gesetz vom 9. Oktober 1919 betreffend die Unfallfürsorge für Einwohnerwehren erhält jedes Mitglied, das infolge seiner Dienstpflicht einen Unfall erleidet, aus der Staatskasse Entschädigungen. Führt der Unfall zum Tode, so besteht die Entschädigung in den nicht anderweitig erlangten Pensions- und Vererdigungslosten, sowie in einer der Witwe und den Kindern zu reichenden fortlaufenden Unterstützung. Die Einwohnerwehr untersteht dem Ministerium des Innern und ist angegliedert an die Bezirksstellen der Einwohnerwehren in Stuttgart, Ulm, Tübingen und Heilbronn. Ein Zeugmeister führt in jedem Bezirk mit dem Unterbezirksführer die ordnungsmäßigen Geschäfte. Freiwillige unter 17 Jahren werden nicht eingestellt. Jede Abstellung wählt ihre Führer selbst. Einwohner in Stadt und Land! Hört auf unseren Ruf, tretet ein in die Einwohnerwehr. Keiner ist zu hoch oder zu gering, um sich nicht schützend vor seine Lieben stellen zu können. Es ist die heiligste Pflicht eines jeden, mitzuhelfen am Wiederaufbau unserer Heimat! Wenn alle mithelfen, dann muß es gelingen. Darum meldet Euch sofort bei der Werkstelle: Bischoffstraße 473 (Laden).

Der Entwurf für das Landesbesteuerungsgesetz.

Der vom Reichsminister der Finanzen der Nationalversammlung nach Zustimmung des Reichsrats vorgelegte Entwurf eines Landesbesteuerungsgesetzes enthält folgende Bestimmungen: Die Länder und Gemeinden sind berechtigt, Steuern nach Landesrecht zu erheben, soweit nicht die Reichsverfassung entgegensteht. Nach § 8 erheben die Länder Steuern vom Ertrag des Grundvermögens und des Gewerbetriebs. Sie dürfen nur in dem Lande erheben, in dessen Gebiet der Grund- und Gebäudebesitz liegt und eine Betriebsstätte unterhalten wird. Als zweite Landessteuer zieht der Entwurf die Vergnügungen in den Kreis seiner Vorschriften. Betreffend die Beteiligung der Länder und Gemeinden am Ertrag der Reichsteuern sagt § 15: Durch Reichsgesetz wird bestimmt, ob und in welchem Umfang die Länder einen Anteil an den Einnahmen auf Reichsteuern zu beanspruchen haben. Die Länder werden an dem Ertrag der Reichseinkommensteuer beteiligt und erhalten von dem Steuerbeträgen der Einkommen unter 15 000 M. einen Anteil von 30 Prozent; bis 25 000 M. 80 Prozent; bis 50 000 M. 70 Prozent; bis 100 000 M. 60 Prozent und bis 150 000 M. 50 Prozent. Nach § 29 können die Gemeinden beschließen, eine Steuer von denjenigen Mindesteinkommen, die von der Reichseinkommensteuer nicht erfaßt werden, zu erheben, falls dies nicht durch Landesgesetz ausgeschlossen wird. Ferner erhalten die Länder von dem Aufkommen aus dem Erbschaftsteuerergesetz vom 10. September 1919 20 Prozent, und aus dem Aufkommen aus dem Grunderwerbsteuergesetz vom 12. September 1919 50 Prozent. Von dem Aufkommen der Umsatzsteuer erhalten die Länder 10 Prozent. Der Gesamtbetrag wird auf die Länder nach dem Verhältnis der Bevölkerungszahl verteilt. Die Lastenverteilung regeln die §§ 49 und 52. Wenn das Reich den Ländern oder den Gemeinden neue Aufgaben weist, so soll die Beteiligung des Reichs an den Kosten gesetzlich geregelt werden. Auch für besondere Kosten, die durch Maßnahmen des Reichs entstehen, oder Unternehmungen betreffen, deren Bedeutung sich auf einen größeren Teil des Reichs erstreckt, wird das Reich

erreichenden besten
wirtschaftliche,
n. Verlässlichkeit
bezw. 9. Novem-
zukommen, daß in
ische und 80 politi-
725 Betriebe in
enen sich 724 286
Streiks entfällt
die Maschinen-
irtschaftliche und
2 wirtschaftliche
entfallen auf
andenburg, 103
durch die Aus-
entfielen fast 2
Der einzelne
egmente des
eitstage, gegen-
5.

Dezember 1919.

mmenden Monate
es Staatsbürgers
daß auch in Würt-
rechtmäßigen Re-
nach russischen
ihren. Arbeiter,
die Befahren, die
Regierung hat in
ihren aufgefordert.
erer Heimat am
Such zu: Tretet
heimischen Bund
ohne Unterschied
mwohnrecht auf
und Sicherheit
ste Angebot, das
te Angebot kann
werden. Da aber
um der Fall eine
enzen des Ober-
at wirklich wech-
Das zweite
Dienst in ihrem
technische Not-
Aufrechterhaltung
schigen staatlichen
Freiwillige ohne
iner Einberufung
2,70 Mark Selbst-
er 1919 betreffend
des Mitglied, das
aus der Staats-
be, so besteht die
Kurs- und Ver-
den Kindern zu
hnerwehr unter-
edert an die Ver-
n, Fäbigen und
mit dem Unter-
willige unter 17
hält ihre Führer
unseren Auf-
ber zu gering,
können. Es ist
in Wiederaufbau
auch es gelingen.
Hochschfrage 473

erungsgefeh.
Nationalver-
ts vorgelegte
s enthält fol-
e m e i n d e n
u erheben, so-
ht. Nach § 8
des Grundver-
en nur in dem
r Grund- und
e unterhalten
Entwurf die
Vorschriften.
Gemeinden am
ch Reichsgefeh
g die Länder
steuern zu be-
em Ertrag der
ten von den
A einen An-
nt; bis 50 000
ent und bis
die Gemeinden
lindesteinkom-
st erfährt wer-
besgefeh aus-
ber von dem
vom 10. Sep-
kommen aus
ptember 1919
nfachsteuer er-
atbeitrag wird
Bevölkerungs-
die §§ 49 und
en Gemeinden
ng des Reichs
uch für Beson-
entstehen,
utung sich auf
ird das Reich

Zuschüsse leisten. Das Gesetz soll zugleich mit der Reichs-
einkommensteuer in Kraft treten.

**Neue Verlängerung der Zeichnungsfrist
für die Sparprämienanleihe.**

Da infolge der Verkehrssperre die rechtzeitige Weiter-
leitung des Zeichnungsmaterials sich in allen Gegenden
Deutschlands verzögert hat — die Sendungen lagern zum
Teil noch auf den Berliner Postämtern, wo sie sich an-
gestaut haben — ist die Zeichnungsfrist für die Deutsche
Sparprämienanleihe bis zum 10. Dezember 1919 verlän-
gert worden. Der Termin für die volle Begleichung der
den Zeichnern zugeteilten Beträge ist infolgedessen eben-
falls hinausgeschoben worden, und zwar bis 8. Januar
1920. Obgleich der Zinslauf der Sparprämienanleihe
1919 vom 1. Januar 1920 ab beginnt, bedarf es einer
Zinsvergütung seitens der Zeichner für die zugeteilten
Stücke nicht, wenn die Vollzahlung bis zum 8. Januar
1920 geschieht. Für Zahlungen, die nach dem 8. Januar
erfolgen sollten, sind 5 Prozent Zinsen vom 1. Januar 1920
bis zum Zahlungstage zu veranlassen. Die Begleichung ist
an derselben Stelle zu bewirken, bei der die Zeichnung
angemeldet worden ist.

Ein Kurs für Begabte.

SW. Wie der „Staatsanzeiger“ mitteilt, hat die Unterrichts-
verwaltung in Stuttgart einen Lehrgang mit 16 Teilnehmern er-
öffnet, die auf Grund sorgfältiger Erhebungen aus dem Kreis
ehemaliger Volksschüler aus dem ganzen Lande ausgewählt worden
sind und bis zur Hochschulreife geführt werden sollen. Die Dauer
des Lehrganges wird 4 bis 5 Jahre betragen, die Leitung hat ein
Mitglied der Ministerialabteilung für die höheren Schulen. Die
jungen Leute erhalten in Stuttgarter Familien und Pensionen Unter-
kunft auf Kosten des Staates, der für Unterricht und Lernmittel auf-
kommt. Der Verein zur Förderung der Begabten hat zur Be-
freitung der persönlichen Bedürfnisse der Zöglinge eine namhafte
Summe zur Verfügung gestellt. Dieser Versuch zur Förderung
begabter junger Leute ist ein einzigartiger neuer Weg, der einen wert-
vollen Beitrag zur Lösung des Problems der Förderung der Begabten
liefern soll. Die Zöglinge haben ihre praktische Lehre bereits
hinfort. In den Berliner Begabtenhöfen wird ein ähnlicher
Lehrgang unmittelbar an die Volksschule angeschlossen.

Die Viehhäufung an die Entente.

An Stelle des nach dem Friedensvertrag an Belgien
zu liefernden 15 000 Zuchtschweinen sind durch Verein-
barung mit dem Organisationskomitee der Wiederauf-
baukommission außer den bereits angeforderten Tieren
von Deutschland weiter zu liefern: 15 000 Schafe,
10 000 Ziegen und 55 000 Geflügel. Nach der Umlage der
Reichsfleischstelle entfallen auf Württemberg hievon weite-
re: 772 Schafe und 8 Böcke, 980 Ziegen und 20 Ziegen-
böcke und 1509 Hühner und 151 Hähne, so daß die Ge-
samtanforderung für Württemberg an Schafen und Schaf-
böcken zusammen 7087 Stück, an Ziegen und Ziegenböcken
zusammen 1894 Stück und an Hühner und Hähnen 1660
Stück ausmacht.

Der Holzverbrauch im Deutschen Reich.

Der Holzverbrauch des Deutschen Reiches vor dem Kriege be-
trug nach einer Statistik von Professor Dr. Weber in „Technik und
Wirtschaft“ ungefähr 75 Millionen Festmeter. Davon erzeugte der
deutsche Wald etwa 59 Millionen Festmeter und zwar 29 Millionen
Fm. Nutholz und 30 Millionen Fm. Brennholz. 2 Millionen Fm
betrug der Holzanteil jährlich aus der deutschen Obstbaumzucht, die
1900 einen Baumbestand von ungefähr 168 Millionen Stück mit 114
Millionen Fm aufzuweisen hatte. Der Restbedarf von 14 Millionen
Fm mußte durch Einfuhr aus anderen Ländern gedeckt werden
Unter diesem steht das europäische Rußland an der Spitze, das die
Hälfte des fehlenden Bedarfs lieferte dann folgte Oesterreich mit
einem Viertel, der Rest kam aus Schweden, Norwegen, den Ver-
einigten Staaten und Finnland. Von den heimischen Staaten

**Volkswirtschaftliche Skizzen
aus dem Schwarzwald.**

(Fortsetzung.)
Von Dr. Fritz Wolfensberger, Hirsau-Frankfurt a. M.
Die Glasmacherei, deren Anfänge sich bis ins Mittelalter hinein
verfolgen, brachte die sogenannten Glasträger auf ihren Wanderun-
gen, die sie zum Zwecke des Verkaufs ihrer Waren unternahmten,
weit in allen Ländern herum. Von dort her brachten diese Männer
allerlei neue Waren mit heim in den Schwarzwald, Waren, deren
Anfertigung sie für einträglich hielten und zuhause zur Anfertigung
empfohlen, um dieselben dann ebenfalls zu vertreiben. So brachten
sie den Strohhut, den Blechlöffel und um 1660 etwa wie man an-
nimmt, auch die Holzuhren.
„Mit gewandter Hand schnitzte der Bauer die Bestandteile der
Uhr nach, er vereinfachte sie seinem Zwecke gemäß, brachte Ver-
besserungen an und wußte eine Menge eigener Dekorationen zu er-
finden. Sein Scharffinn zeigte sich am glänzendsten in der Erfin-
dung von Automaten und Spieluhren, die Freude am Seltsamen
und die Lust, Rätsel aufzugeben und zu lösen, fährten ihm die
Hand. Der Gedanke, Geld damit zu verdienen, kam erst allmählich
auf. Der Uhrmacher mit einem starken Selbstgefühl ausgerüstet, will
durchweg als mechanischer Künstler schaffen, was allerdings der me-
chanischen Arbeitsteilung im Wege steht, aber andererseits veranlaßte
dieser selbe Ertz frühzeitig eine Unabhängigkeitsmachung der
Schwarzwälder von auswärtigem Material und Rohstofflieferungen,
die sie bald alle selbst anzufertigen streben.“ Schon 1700 war in
Güterbach ein besonderer Mechaniker, der die von einem Uhren-
händler aus England mitgebrachten seinen Feilen und Zangen für
die Umgegend selbst anfertigte. Die Uhrenglocken, die erst aus dem
Sura, dann von Nürnberg bezogen werden mußten, fanden eben-
falls bald ihre Meister unter diesen Bauern, welche die auswärtigen
Fabrikate bald übertrafen. Die Schildmalerei haben die Schwarz-
wälder einem Mönche ab, die Ornamentik holten sie aus Italien,
aber nirgends waren sie bloße Nachahmer, sondern alles trugen sie
von allen Seiten für ihre Zwecke zusammen, durchdachten es und

lieferete Bayern 11,3 Millionen Fm. Nuth- und Brennholz zu gleichen
Teilen, dann folgte Baden mit 3,4 Millionen Fm., Württemberg
mit 3,2 Millionen Fm., Sachsen mit 1,6 Millionen Fm., Hessen mit
1,3 Millionen Fm. Mit weniger als 1 Million folgten die kleinen
Bundesstaaten, Schlesien lieferte 4,8 Millionen, Brandenburg 4,2
Mill., Ostpreußen und Hessen-Kassau je 3 Millionen, Preußen ins-
gesamt 30,7 Millionen Fm.

Calwer Bezirksverein.

Der Calwer Bezirksverein Stuttgart veranstaltete am
23. November eine Familienfeier, welche von ca.
200 Personen besucht war. Die von Hrn. Reutter arran-
gierten Zither-, Gefangs- und humorist. Vorträge fanden
reichen Beifall. Den Schluß der Feier bildete eine Tanz-
unterhaltung.

Der Beamtenbeirat beim Justizministerium.

Das Amtsblatt des württ. Justizministeriums gibt die
vorläufige Satzung für die Bildung eines Beamte-
beirats bei dieser Behörde bekannt. Dem Beirat liegt
die Vertretung der wirtschaftlichen, rechtlichen und dienst-
lichen Angelegenheiten der Beamtschaft gegenüber dem
Ministerium vor. Er hat das Recht, in allen wichtigen
Fragen allgemeiner und grundsätzlicher Art gehört zu
werden, es ist ihm Auskunft über Maßnahmen der Ver-
waltung in solchen Angelegenheiten und auf besonderes
Verlangen des Volksbeirats einem Mitglied Einsicht in
die Akten zu gewähren. Der Beirat gliedert sich in vier
Abteilungen, je eine für höhere Beamte (Württ. Richter-
verein 4, Vereinigung württ. Referendare 1 Mitglieder),
eine für mittlere Beamte (Württ. Notariatsverein 5, Ver-
ein nichtadv. Expeditoren 1), eine für sonstige Kanzlei-
beamte (Verband württ. Gerichtsvollzieher, Vereinigung
der Kanzlisten des Justizdepartements und Vereinigung
der staatl. Kanzleibeamten je 1), für die unteren Be-
amten (Unterbeamtenverein des Justizdepartements 1,
Landesverein Württ. Strafschaffner- und Gefängnisauf-
seher 2). Die Mitglieder des Beirats werden auf zwei
Jahre gewählt, die Amtsdauer endet erstmals am 30. Juni
1921. Beschlüsse des Beirats werden mit einfacher Mehr-
heit gefaßt, die Mitglieder sind dienstlich zur Verschwiegen-
heit verpflichtet. Die Tätigkeit ist ehrenamtlich. Für
Reisen werden die Fahrkosten aus der Staatskasse vergütet.

Der Mostpreis.

Nach einer Verfügung der Landesverorgungsstelle
dürfen beim Absatz von Mostobst die Höchstpreise einstufig
Steuer von 50 % für das Liter als Erzeugerpreis und
80 % für das Liter als Ausschankpreis nicht überschritten
werden. Nur in den großen und mittleren Städten kann
durch gemeinderätlichen Beschluß der Erzeugerpreis auf
60 %, der Ausschankpreis auf 1 A für das Liter erhöht
werden. In den übrigen Gemeinden kann durch einen
Antrag des Gemeinderats an die Landesverorgungsstelle
die Erhöhung ebenfalls bewilligt werden. In den Wirt-
schaftsräumen müssen die Mostpreise angeschlagen werden.

.. Oelsheim, 2. Dez. Aus der Kriegsgefangenschaft
sind zurückgeführt: Karl Gröndler, von Nov. 1918 bis
Juli 1919 in Salonik interniert; Emil Rathfelder,
von August 1918 bis Sept. 1919 in engl. Gefangenschaft;
Willy Schweizer, von Okt. 1918 bis Okt. 1919 in engl.
Gefäng. in Frankreich; Karl Stahl von Oktober 1918
bis Sept. 1919 in engl. Gefangenschaft in Frankreich;
Christian Widmann-Kau, von Okt. 1918 bis Okt.
1919 in amerik. Gefangenschaft in Frankreich; Wilhelm
Schweizer, von Okt. 1918 bis Nov. 1919 in englischer
Gefangenschaft in Frankreich; Karl Wagner, von Nov.
1918 bis Nov. 1919 in engl. Gefangenschaft.

.. Göttingen, 2. Dez. Aus der Kriegsgefangenschaft
sind zurückgeführt: Ferdinand Breittling, von Novbr.
1918 bis Juli 1919 in Odessa interniert; Karl Breitt-
ling, von Oktober 1918 bis Okt. 1919 in engl. Gefan-
genenschaft in Frankreich; Gottlob Bettinger, von Aug.
1917 bis Okt. 1919 in engl. Gefangenschaft in Frankreich;
Gustav Schmitt, von August 1918 bis Sept. 1919 in
engl. Gefangenschaft in Frankreich; Ludwig Schwarz-
maier, von Nov. 1917 bis Okt. 1918 in engl. Gefangen-
schaft in Frankreich.

(SW.) Stuttgart, 1. Dez. Die Auktion von Ge-
mälden und Kunstgegenständen aus königlichem Besitz fand
am Samstag mit der Versteigerung von Möbeln und Tep-
pichen ihren Abschluß. Der Besuch war anhaltend ein-
sehr gut, die Preise wurden stark in die Höhe getrieben.
An den drei Versteigerungstagen wurden 2 1/2 Millionen
M. gelöst, das ist mehr als das Doppelte des Anschlags.
Die Eintrittsgelder brachten einen Ueberschuß von 4400 M.,
die Herzog Wilhelm zu Württemberg der Kriegsgefangen-
enfürsorge überweisen ließ. In den königlichen Schlössern
Rosenstein und Wilhelma hat der König noch Kunstgegen-
stände im Wert von einigen Millionen. Wie verlautet,
ist Aussicht vorhanden, daß hervorragende Stücke von be-
deutendem Kunstwert zu mäßigen Preisen dem Staat über-
lassen werden sollen.

(SW.) Heilbronn, 1. Dez. Am Freitag Abend si eß
der Stuttgart-Berliner D-Zug kurz vor Oberburken auf
eine rangierende Güterwagenabteilung. Zwei vollbe-
ladene Güterwagen wurden ineinander gepreßt und größtent-
teils zertrümmert, auch die beiden Zugmaschinen wurden
etwas beschädigt. Der Zugmeister erlitt leichte Verletzun-
gen am Kopfe. Der Schnellzug erlitt durch den Zusammen-
stoß eine fast dreistündige Verspätung.

(SW.) Göttingen, 1. Dez. Am 19. November kamen
etwa 300 Arbeiter auf den Bahnhof und bestiegen ohne
weiteres den 4.58 Uhr auf Bahnhöf I einfahrenden Gü-
terzug, der keine Personenbeförderung hat und keine
Personenwagen führte. Zum Verlassen der teilweise be-
ladenen Gepäc- und Güterwagen konnten die Arbeiter
nur dadurch bewegt werden, daß ihnen die Einstellung
von Personenwagen zugesagt wurde. Dadurch wurde je-
doch die Zugkraft der Lokomotive überschritten und es
mußte die Lokomotive des später abfahrenden Arbeiter-
zugs (5.38 Uhr) als Vorspann mitgegeben werden. Diese
Maschine kam statt um 5.40 Uhr erst 6.15 Uhr an, wodurch
der Arbeiterzug 5.38 Uhr eine große Verspätung erhielt,
was die Arbeiter in große Erregung brachte. Den Auf-
sichtsbeamten, der sie vom Ueberfahrens der Gleise zurück-
halten wollte, weil die Lokomotive im Einfahren begriffen
war, griffen sie ohne weiteres an und verprügelten ihn.
Infolge der hierbei erlittenen Aufregung meldete sich die-
ser Beamte krank. Schon vorher beleidigten und beschimpf-
ten die Arbeiter den Bahnhofsvorstand in unsfätiger Weise.
Die Früherlegung der Arbeiterzüge, wie sie seit einigen
Wochen von einem Teil der Arbeiter gewünscht wird,
wurde nicht durchgeführt, weil ein schriftlicher Antrag
weder vom hiesigen Ortsausschuß für den Arbeiterzugs-
fahrplan noch von der Arbeiterorganisation bei der Gene-
raldirektion vorlag.

(SW.) Ulm, 1. Dez. Der Stadtrat von Neu-Ulm hat
beschlossen, im Jahr nicht mehr als 12 öffentliche Tanz-
veranstaltungen zu gestatten, deren Verteilung auf die
verschiedenen Saalbesitzer und Zeiten den Beteiligten vor-
behalten bleibt.

Druck und Verlag der A. Blöchliger'schen Buchdruckerei, Calw.
Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seltmann, Calw.

zwangen es in ihren Sinn. So erreichten sie zugleich von selbst
und auf natürliche Weise aus ihrem Bauernverstand heraus Frei-
machung von fremden Märkten und Bieferren, ein Ziel, welches die
Regierungen oft mit gewaltigen Mitteln anstrebten, ohne immer Er-
folg damit zu haben.
„Der Abt von St. Peter, Ph. Steyrer, war der erste Geschichts-
schreiber der Schwarzwaldindustrie und er faßte seine Aufgabe dahin
auf, der Verkündiger des Ruhmes der Erfindungsgabe seiner
Landsleute zu sein. In der Heimat selbst fanden die Schwarz-
wälder die unentbehrliche wissenschaftliche Unterstützung und künst-
lerische Belehrung. Die Benediktiner der Schwarzwaldklöster erwarben
sich in dieser Hinsicht ein großes Verdienst um ihre Landsleute. Sie
brachten ihnen mit mathematischen und musikalischen Kenntnissen
auch die aufrichtigste Bewunderung entgegen.“ (Gothgen.) Die
gesamte Schilderung der Geschichte der Schwarzwälder Uhrenindus-
trie führt sich auf die Berichte von Steyrer und nach ihm vom
Pfarrer Jüd aus Triberg.
Die ersten Uhren wurden von den Glasträgern vertrieben,
aber das entsprach den Schwarzwäldern bald nicht mehr. Sie er-
kannten ganz richtig, daß der Handel der „Lebensnerer“ ihrer In-
dustrie war. Nach dem Muster der Glasträgerkompagnien bildeten
sich allmählich große und kleine Kompagnien von Uhrenhändlern, die
nun hinauswanderten mit ihren Uhren, um die Absatzmöglichkeiten
selbst aufzusuchen und sie durchstreiften alle Länder der zivilisierten
Erde und gewannen sie für die Schwarzwälder Uhr. Nach innen
band die Kompagnien eine feste und strenge Organisation, aber
einzelne besonders hartnäckige und ehrgeizige Teilnehmer versuchten
teils, den anderen ihren Willen aufzudrängen. Nur in der Heimat
durften diese Händler Weiß und Rind haben, damit sie auch echte
Schwarzwälder blieben.“ Und lange Zeit blieb dieses Ziel erreicht.
In allen Hauptstädten, auf allen Landstraßen Europas und bald
auch Amerikas waren die Söhne des Schwarzwaldes zu finden;
aber immer behielten sie den Gedanken im Herzen, im Alter in be-
hägigem Wohlstand in ihren heimischen Bergen zu weilen.“ Die
Namen der Leute, welche besondere Verdienste um die Anfertigung
oder Verbreitung der Uhren sich erworben sind uns durch die ge-

nannten Autoren alle erhalten. Um die Wende des 18. Jahrhun-
derts kamen unter den Händlern auch unlautere Umtriebe auf,
in dem dieselben anstatt das erworbene Geld heimzuführen, weitere
Geschäfte damit machten, und wenn sie Unglück gehabt hatten, die
Preise der Uhren zu drücken versuchten. Aber während z. B. durch
die Kontinentalperre die Schmuckwarenindustrie, die Lederfabri-
kation und die Textilindustrie so gut wie vernichtet wurden, ver-
standen es die Schwarzwälder immerhin noch am besten, sich mit
diesen ungünstigen Verhältnissen abzufinden. Es war die Uhren-
industrie um jene Zeit fast die einzige Industrie in Baden, die nach
halbwegs im Gange war. Und wir wissen, daß das nicht Zufall
war, sondern ganz in der Natur der Sache lag.
Aus den halbhäuerlichen Genossenschaften entstanden fast un-
merklich die modernen Aktiengesellschaften. Folgende Daten treten
besonders hervor in der Geschichte der Uhrenindustrie. Im Jahre
1685 wurde das erstmal an verschiedenen Orten zugleich die An-
fertigung aufgenommen, so an einigen Stellen zu Waldau, am
Schwielmünnen bei St. Märgen und im Stodwald bei St. Georgen.
Durch den Krieg verheericht, wurde die Fabrikation um 1720 erneut
begonnen. Im Jahre 1796 glaubt Steyrer die Gesamtzahl auf 500
selbständige Meister annehmen zu können und die Zahl der ver-
fertigten Uhren auf 75 000 im Jahre, doch zählte man 1815, bis
zu welcher Zeit, wie Sachverständige glauben, keine besondere Zu-
nahme des Gewerbes stattfand, in Amtsbezirk Triberg und Neu-
stadt, 688 Uhrmacher und 127 Nebendarbeiter mit einer Produktion
von 187 000 Uhren. Im 19. Jahrhundert erhielt dann die Uhren-
industrie nach längerem Stillstand durch Großindustrie und Staats-
unterstützung einen neuen Aufschwung, aber das Zwischenhändlerwesen,
das auch hier die Erzeuger allmählich in Abhängigkeit hianter-
drückte und die Konkurrenz der Großindustrie machten, wie ander-
wärts auch, dem hergebrachten handwerksmäßig künstlerischen Be-
triebe immer mehr zu schaden. Die einzige Rettung wurde darin
erkannt, daß diejenigen Hausindustriellen bezw. Meister, die sich nicht
zu einem Großbetrieb aufschwangen, eben für die Großindustrie
arbeiten sollten.
Fortsetzung folgt.

Das Beste Weihnachtsgeschenk
ist ein gutes Buch!
 Ich empfehle mein reichhaltiges Lager in
Jugend- u. Unterhaltungsschriften.
 Vorrätig sind die
 Neu-Erscheinungen der bekanntesten Schriftsteller.
 ferner
Briefpapiere in Blocks, Mappen und
 hübschen Ausstattungen,
 Schreibwaren für jeden Bedarf,
 Briefordner, Geschäftsbücher,
 Lederwaren, Albums, Gesangbücher,
 gerahmte und ungerahmte Bilder,
 sowie sonstige
passende Weihnachts-Geschenke,
 Glückwunschkarten für Weihnachten und Neujahr.
Emil Georgii.

4 tüchtige Holzmacher
 suchen
 Gg. Gengenbach Söhne, Sägewerk,
 Dillweissenstein, Telefon Nr. 372.

**Angehörige der früheren Reserve-
 Sicherheits-Truppe Calw**
 werden gebeten, wegen
Neuaufnahme
in die Einwohnerwehr
 sich Dienstag bis einschl. Freitag nachmittags
 3-7 Uhr im Geschäftszimmer der Einwohner-
 wehr Bischoffstraße 473 Laden
 einzufinden zu wollen.
 Der Führer.

**Geräucherte
 Lachserringe**
 empfehlen
Pfannkuch & Co.

! Uhren !
 repariert rasch und gut
Friedr. Schwämmle
 Bad Teinach

**Einige tüchtige
 Holzhauer sucht**
 Waldmeisteramt Calw: Wintertele.
 Für mein Manufaktur- und Aussteuerwaren
 Geschäft suche ich für sofort oder später
tüchtige Verkäuferin
Paul Ränchle, Calw.

**Christbaum-
 Schmuck** in großer
 Auswahl
 empfiehlt
A. Hauber.

**Günstige Belegengeit
 für eine sichere Existenz!**
 Gut eingeführte Maschinengroßhandlung,
sucht
 auf allen größeren Plätzen
Niederlagen
 unter sehr günstigen Bedingungen. Erforderliches Kapital
 M. 5000 - 10000. Solche Geschäfte, welche mit den
 Landwirten bereits bekannt sind, erhalten den Vorzug
 Offerten unter Chiffre S. 3. 1550 an Rudolf Woffe,
 Stuttgart erbeten.

F. K.
 Donnerstag, 4. Dezember
 Nachm. 1/2 3 Uhr im Kaffee-
 hause.
**Gustav Adolf-Frauen-
 Verein.**
 Freitag, 5. Dezember nachm.
 2 Uhr im Kaffeehause.

**Museums-Gesellschaft
 Calw.**
 Donnerstag abend
**Abstimmung
 im Waldhorn.**

Ziehen Sie bei Ihren Weihnachts-Einkäufen
 das „Calwer Tagblatt“ zu Rate.
 Der Anzeigenteil jeder Nummer
 enthält stets eine große Anzahl
 leistungsfähiger Firmen! * * * *

In der Mehrgasse wurde eine
Brille gefunden.
 Abzuholen Badstraße 342.

**Gesucht
 zweites
 Mädchen**
 für Kinder, welches schon in ähn-
 licher Stellung war, nicht unter
 20 Jahren.
 Zeugnis und Gehaltsansprüche
 an Frau Fabrikant J. Böhm,
 Ehlingen a. Neckar, Metzinger-
 straße 11.

**Kräftiger
 Laufjunge**
 gesucht.
 Von wem, sagt die Geschäfts-
 stelle des Blattes.

**Suche sofort eine ältere
 Person**
 für die Haushaltung.
 Näheres in der Geschäftsstelle
 des Blattes.

Okomobile
 fahrbar o. stat. bis 12 qm
 Heizfl. evtl. auch mit
Dreschmaschine
 kauft geg. Kassa Maschb.
 Söcher - Amberg Obpf.

**Achtung!
 Für Brautleute!**
 Habe 2 noch wie neue compl.
Betten
 zu verkaufen.
 Hartholz, vollert, Sprungfeder-
 rost, 3teil. Wollmattlagen. Flaum-
 Decken und -Kissen.
 Schriftliche Angebote unter
 Nr. 101 an die Geschäftsstelle
 des Blattes.

Nach Wildbad wird für
 sofort ein fleißiges
Mädchen
 für die Haushaltung und zum
 Servieren gesucht.
 Näheres Auskunft bei Frau
 Ott, Calw, Salzgasse 65.

1 Hausmädchen
 wird bei gutem Lohn und guter
 Verpflegung gesucht.
 Bahnhofswirtschaft
 Pforzheim.

Kosthaus
 gesucht. Näheres bei Frau Sedel-
 maier, Badstraße 343L.

**1 gut erhaltenes
 Opernglas**
 (Fenstglas)
 preiswert zu verkaufen.
 Näheres in d. Geschäftsst. d. Bl.

Warnung!
 Diejenige Person, die mir meine
 Akt aus meinem Langholzwagen
 genommen, ist erkannt, und wird
 falls dieselbe nicht wieder an Ort
 und Stelle gebracht wird, der
 Strafe nicht entgehen. Eine
 Prügelstrafe könnte auch nicht
 ausgeschlossen sein.
**Johannes Wurster,
 Agenbach.**

Fahrnis - Versteigerung.
 Aus dem Nachlaß der Frau Professor Wehe wird am
**Freitag, den 5. Dezember, von vormittags
 1/2 10 Uhr an,**
 in der Villa „Heligen“ in Hirsau (Billenrieder), gegen Barzahlung
 versteigert.

schönes Küchengeräte durch alle Rubri-
 ken (Teller, Platten, Schüsseln, Töpfe, Steingut,
 Kacheln, Glas, Hackmaschine, Nudelbr. it, Dicht-
 küstchen, ferner: Bemaltes Etaglaskränchen,
 Nippfassen, Tischchen, Bücher-Schränken,
 Christbaumschmuck und -Ständer, Vogel-
 Käfige usw.
 Liebhaber sind eingeladen.
Bezirksnotar Feucht.

**Sägmühle, Mahlmühle,
 Fabrik oder Gebäude** mit Wasser-
 kraft
 zu kaufen gesucht.
 Angebote an
Stephan u. Frank, Pforzheim, Zähr. Allee.

Wilde Kastanien
 kauft und bittet um Angebot
 mit Quantums-Angabe
W. S. Mann,
 Delverlandhaus München.
 Sätze können gestellt werden.
„Nissin“
 gegen
Kopfläuse
 Nichtsanderes nehmen!
 Zu haben in der Neuen Apotheke

Ziegenfelle
 70 Mark
Rehfelle
 32 Mark
**Winter-Feld-
 Hasenfelle 8 Mk.,**
 Obige Preise bezahle jetzt für
 große gutbehandelte Felle. Für
**Fuchs, Marber,
 Iltis**
 sowie alle anderen
 Felle
 allerhöchste Preise.
E. Maischhofer,
 moderne Akerwerkerei
 Pforzheim, Lindenstraße 52.
 Telefon 1501.

Eine ältere, gute

Fahrtuh
 30 Wochen
 trählig, jetzt dem Verkauf aus
 Mina Maier Witwe.
 Simmozheim.

Einen 8 Monate alten

Farren
 verkauft
 Ulrich Rentschler, Holzhauer,
 Altburg.

Guterhaltenen
**Konfirmanden-
 Anzug**
 ist zu verkaufen.
 Näheres in der Geschäftsstelle
 des Blattes.

Alte Gebisse
 werden zu höchsten Preisen nach
 auswärts von Dame zu kaufen
 gesucht. Kommt jede Woche
 nach dort. Gest. Adressenabgabe
 behufs Abholung an die Ge-
 schäftsstelle dieses Blattes erbeten.
Unterhaugstett.
 Eine hochträhliche, junge

**Rug-u. Schaff-
 Kuh**
 jetzt dem Verkauf aus
 Konrad Bürkle, zum Hirsch.

**Gute Schaff- und Milch-
 Kuh**
 mit Kalb hat zu
 verkaufen
 Karl Drollinger,
 Simmozheim.

Zum Plagen
 ist die Haut, wenn man sie
 im Frost nicht mit
Sametin
 behandelt. Fl. 2 20 Mk.
 Mittelverkauf
 Ritterdrogerie.